

# Calmer Tagblatt

Nr. 61.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Verrechnungswelle: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die klein pattinge Seite 15 Pfg., Restanten 25 Pfg., Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr mittags, Fernsprecher 9.

Freitag den 14. März 1919.

Bezugpreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 2.25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortviertel Mt. 2.15, im Fernverkehr Mt. 2.25, Bestellgeld in Württemberg 30 Pfg.

## Die Pläne der bayrischen Unabhängigen. Die Nationalversammlung gegen die französischen Absichten auf das linke Rheinufer.

Trotzdem die Henker des deutschen Volkes vor der Türe stehen, und in kürzester Zeit das Urteil auf lebenslängliche Zuchthausstrafe gegen uns ausgesprochen werden wird, gibt es keine Ruhe und Verständigung im Reich. In Leipzig und Sangerhausen wurden Freiwilligentruppen für den Osten und für Berlin beschimpft, entwaffnet und deren Führer mißhandelt. Was die Spartakisten und die mit ihnen geistig verwandten Unabhängigen wollen, das geht aus einem Beschluß der gestrigen Generalversammlung der Unabhängigen in München hervor, nach dem die bürgerliche Demokratie und der bürgerliche Parlamentarismus als Ausdruck des politischen Willens und als Kampfmittel des werktätigen Volkes grundsätzlich zu verwerfen ist, und die Verwaltung durch das werktätige Volk (Diktatur des gesamten Proletariats) als nicht terroristisches, sondern schöpferisches Mittel gefordert wird. Also dauernde Herrschaft einer Minderheit wird hier gefordert, und zwar, wie der Beschluß weiter sagt, auf Grund der Forderung der politischen Macht durch die Räte. Die Stellungnahme der Unabhängigen kennzeichnet sich dann weiter, in dadurch, daß erklärt wird, die Partei sehe in der kommunistischen Partei (Spartakisten) eine Bruderorganisation und sie wolle die revolutionären sozialistischen Massen der Mehrheitsparteien für den „Neuaufbau“ gewinnen. Deshalb verwirft sie die mit den Mehrheitssozialisten getroffenen Vereinbarungen, wonach ein Ministerium beider sozialistischer Parteien in Bayern gebildet werden soll, und lehnt die Teilnahme am Ministerium mit den Mehrheitssozialisten ab. Und der Zentralrat der Arbeiterräte Bayerns hat auch sehr deutlich kundgegeben, daß ihm die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Sozialisierungsmaßnahmen, die also vorderhand die Sozialisierung der Bodenschätze und der Wasser- und elektrischen Kräfte vorsehen, nicht genügen. Er giebt nämlich bekannt, daß diese Maßnahmen nicht das seien, was eine entschlossene revolutionäre Gewalt durchführen müsse. Es gelte nicht Teilverstaatlichungen, sondern den Sozialismus. Die Sozialisierung Bayerns nach umfassendem Plan sei auf dem Marsch. Der Zentralrat wolle vollständige Kontrolle der Rohstoffe und Energieverwendung und ihrer endgültigen Verwertung sofort mit aller Kraft in Angriff genommen wissen. Da die Volkshammer in Sachsen beschlossen habe, daß auch dort die Produktion und Verteilung planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen erfolgen solle, so werde vorgeschlagen, eine gemeinsame bayrisch-sächsische Sozialisierungsstelle in Hof oder Plauen zu errichten. Wie der auf 17. März zu kurzer Tagung einberufene Landtag sich zu diesen Fragen stellen wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Die Tagung wird überhaupt wertlos sein, denn die Beschlüsse der Volksvertretung werden doch nicht von dem die Macht besitzenden „Volks“-Rat anerkannt werden. Was übrigens die Führer der Mehrheitssozialisten, die doch den größten Teil der Arbeiter und zwar der intelligenten und disziplinierten, hinter sich haben, von der ganzen Agitation der Unabhängigen und Spartakisten halten, das hat anlässlich der gestrigen Sozialisierungsdebatte in Weimar der Mehrheitssozialist Osterroth den Herren recht deutlich gesagt, als er angesichts der radikalen Anträge der Unabhängigen in bezug auf die Sozialisierung und die Rechte der Betriebsräte sagte, die Unabhängigen hätten durch ihre Anträge gezeigt, daß sie den Klassenegoismus der Unternehmer durch einen andern Klassenegoismus ersetzen wollen. Die Unabhängigen seien gegen das Gesetz, weil es die Arbeiter beruhige. Das Sozialisierungsgesetz, das den Arbeitern große Rechte in den Betrieben einräumt, wurde dann gegen die Stimmen der Rechten angenommen, ebenso das Gesetz über die Kohlenwirtschaft, die nun unter Kontrolle des Reichs gelangt. Nach der Erledigung dieser innerpolitischen Angelegenheiten, zu denen auch eine kräftige Rechtfertigungsrede des Reichswehrministers Noske bezüglich der Ein-

setzung der Regierungstruppen in Berlin gehörte, in der er erklärte, daß die Revolution von Verbrechern dazu ausgenutzt werde, um auf Mord und Plünderereien auszugehen, wandte sich Ministerpräsident Scheidemann gegen die französische Propaganda in den linksrheinischen deutschen Gebieten. Die Werbetätigkeit werde an der Treue der Bevölkerung zum Reiche scheitern, die nichts zu tun habe mit den eigennützigen Bestrebungen einzelner Personen (die wegen der zu erwartenden Steuern einen Anschluß an Frankreich wünschen.) Die Reichsregierung sehe in jedem Versuch der Loslösung links- und rechtsrheinischer Lande einen durch keinen Vorwand zu beschönigenden Vorstoß gegen das allgemein anerkannte Nationalitätenprinzip und eine unerhörte Vergewaltigung des einheitlich fühlenden deutschen Volkes.

Diese Erklärung wurde von allen Parteien gutgeheißen, und soll allgemein bekannt gemacht werden. Es wird gut sein, wenn man auch in Bezug auf unsere andern bedrohten Grenzen solche Erklärungen abgibt, damit die Alliierten wissen, daß wir auf unserm Recht unter allen Umständen bestehen, das wir uns durch die Annahme der schweren Waffenstillstandsbedingungen erworben haben.

## Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

### Die deutschen Unterhändler in Brüssel

Berlin, 13. März. Die deutschen Kommissionen für Lebensmittel, Schifffahrt und Finanzen sind am 12. März abends 8 Uhr in Brüssel eingetroffen. Sie wurden am Bahnhofe von etwa 10 belgischen Militärautos abgeholt mit belgischen Chauffeuren, aber ohne sonstige militärische Begleitung. Die Ankunft am Bahnhofe erfolgte in Anwesenheit eines zahlreichen Publikums unter lautloser Stille. Zwischenfälle sind nicht eingetreten. Sämtliche Mitglieder der Kommissionen sind im Hotel Astoria sehr gut untergebracht. Freiheit des Telegraphierens, offen und chiffriert, des Telefons und der persönlichen Bewegung ist gesichert. In der Nacht noch fand von 11—1 Uhr eine eingehende Besprechung zwischen sämtlichen Kommissionsmitgliedern statt, unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs v. Braun.

### Schwarze Truppen zur Besetzung des Rheinlandes.

Bern, 14. März. „Petit Parisien“ erfährt, daß beabsichtigt sei, im Frühjahr die schwarzen Truppen an den Rhein zu senden.

### Der Wehrlosmachung Deutschlands.

London, 13. März. Reuters Sonderberichterstatter meldet aus Paris zur Schließung der deutschen Grenzbesetzungen, daß die betreffende Bestimmung des Friedensvertrages nur für die Befestigungen an der Westgrenze gelte. Die Festungen an der Ostgrenze würden zum Teil in das Gebiet Polens fallen und zur Stärkung des neuen Staates beitragen. Der deutsche Generalstab werde verschwinden und der Stab des künftigen deutschen Heeres von 100 000 Mann nur aus dem Oberbefehl und 2 Armeekorpsstäben bestehen.

### Das „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker.

Rom, 14. März. Die italienische Delegation hat der Friedenskonferenz eine Denkschrift überreicht, in der die italienischen Forderungen dargelegt werden. In der Denkschrift wird einleitend erklärt, daß die Forderungen Italiens auf der Grundlage der Wilsonschen Grundsätze beruhen. Wenn auch eine Anzahl Einwohner fremder Sprache und fremden Ursprungs Italien einverleibt würde, so sei doch deren Zahl im Vergleich zu den Forderungen anderer Staaten gering, denn während Polen 40 %, Böhmen 30 %, Rumänien 17 %, Südslawen 11 % und Frankreich 4 % fremdländische Bevölkerung erhalte, würde Italien nur 3 % umfassen. — Man sieht aus diesen italienischen Darlegungen, daß alle Phrasen der Alliierten über die unterdrückten Völker und das Selbstbestimmungsrecht nicht als eitel Schwindel waren, denn sie selbst schickten sich jetzt an, Millionen

von Deutschen unter ihre Herrschaft zu nehmen, und ihnen das Recht auf eigene Sprache und Kultur abzusprechen, was deutscherseits weder in Elsaß-Lothringen noch in Posen getan worden ist.

### Lausning über die Notwendigkeit unserer Versorgung.

Amsterdam, 12. März. Nach einer ausführlichen Reutermeldung aus Paris sagte Lausning zu seiner bereits kurztelegraphierten Erklärung an die Presse u. a.: Wir müssen die Verhältnisse, die zur sozialen Unruhe führten, ändern und versuchen, Deutschland wieder zu einem normalen Leben zurückzuführen. Was Deutschland brauche, lasse sich in 2 Worten sagen: Friede und Lebensmittel. Um Deutschland zu ermöglichen, der Anarchie und dem östlichen Despotismus des roten Terrors Widerstand zu leisten, muß man ihm Lebensmittel geben, und ihm gestatten, diese Lebensmittel zu verdienen. Das normale Leben muß durch den Friedensvertrag wieder hergestellt werden. Das muß nicht aus Mitleid für das deutsche Volk geschehen. Aber es muß unverzüglich getan werden, da wir die Sieger die Hauptleidtragenden sein würden, wenn dies nicht geschieht. Man kann so viel Schadenvergütung verlangen wie man will und darauf bestehen, so lange wie man will. Wenn das deutsche Volk kein Material für seine Industrien und keine Gelegenheit erhält, die Erzeugnisse seiner Arbeit auf fremden Märkten abzusetzen, und wenn die Arbeiter keine Lebensmittel haben; dann kann Deutschland für die von ihm begangenen Uebeltaten nicht zahlen. Außerdem wird es, wenn der jetzige chaotische Zustand fortdauert, weder eine verantwortliche Regierung geben, die Frieden schließen kann, noch eine Regierung, die stark genug ist, um die Vertragspflichten zu erfüllen. — Wir sehen, es wird im alliierten Lager mit Konsequenz an dem System festgehalten, daß Deutschland an dem Kriege schuld ist, und für alle Greuelthaten desselben verantwortlich ist. Ohne Aufrechterhaltung dieses Glaubens in der Welt könnte man doch nicht diese schamlose Aushungerung und rücksichtslose Unterdrückung alles Deutschen mit oem Pathos der Menschlichkeit rechtfertigen. Im übrigen ist es merkwürdig, daß Lausning seine Einsicht erst jetzt erhält. Und wie lange wird es dauern von der Einsicht bis zur Tat? Uebrigens ist die Lausningsche Begründung von geradezu überwältigender Menschlichkeit diktiert. Damit wir für die Alliierten arbeiten können, sollen wir Lebensmittel und Rohstoffe erhalten. Das sind die Prinzipien des Wilsonschen Völkerbundes der Gleichberechtigung der Völker.

### Englische Kritik an der englischen Politik.

Berlin, 13. März. „Daily News“ vom 4. März greifen Churchills Unterhausrede über das englische Friedensheer an, welches eine Stärke von fast einer Million Menschen haben und dem englischen Steuerzahler über 400 Millionen Pfund Sterling Lasten auferlegen solle. Man rechne dazu die Ausgaben für die Marine, die Pensionen und die Zinsen von 6000 Millionen Pfund Sterling (120 Milliarden Mark) Kriegsschulden, sowie das andauernde Steigen der Kosten für die Zivilverwaltung und das englische Reich steuert dem Ruin zu. Die Sozialisten im Parlament hatten mit Erstaunen zugehört und dazwischengerufen: Wir dachten, es solle kein Krieg weiter geführt werden. Ueber die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht hat sich Churchill geäußert. Die Entschuldigungen, mit denen er seine Vorlage begründete, sind in Wahrheit eine Selbstbeschuldigung. Die englische Politik in der russischen Frage ist ein Skandal. 100 Millionen Pfund Sterling kommen im neuen Budget allein auf dieses Konto. Weitere Ausgaben werden durch die Besatzungsarmee in Deutschland verursacht. Deutschland hat den vierzehn Punkten zugestimmt. Vier Monate sind verflossen und Churchill gibt zu, daß England immer noch Deutschland aushungert. Diese Hungersnot ist der Grund für den Bolschewismus. Wenn die englische Regierung nicht diese infame Politik treiben würde, so wäre Deutschland in der Lage, durch die Wiederaufnahme der Friedensarbeiten seine Schulden zu bezahlen und England brauchte nicht ein so großes Heer zu unterhalten, um den durch englische Politik hervor-

gerufenen bolschewistischen Zuständen entgegenzutreten zu können. Churchill behauptete allerdings, daß Deutschland die Kosten der Besatzungsarmee bezahlen müsse, aber er weiß ganz genau daß die englische Politik in Deutschland absichtlich chaotische Zustände hervorruft und auf diese Weise Deutschland die Bezahlung unmöglich macht. Der Erfolg für das englische Volk ist der Heeresetat von 400 Millionen Pfund Sterling, die allgemeine Wehrpflicht und die in der englischen Geschichte unerhörte Aufzucht des militärischen Organismus, der notgedrungen zu weiteren Kriegen führen muß.

### Bermischte Nachrichten.

#### Eine Rundgebung deutscher Wirtschaftsverbände zur inneren und äußeren Politik.

Berlin, 13. März. In einer gewaltigen Rundgebung des deutschen Wirtschaftslebens in ihren Räten und Aufgaben der Zeit gestaltete sich die heutige Versammlung, zu der der Deutsche Handwerks- und Gewerbeverband, der Deutsche Industrie- und Handelsverband, der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband für deutsche Industrie, der Zentralverband des deutschen Großhandels und die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Eisenhändler eingeladen hatten. Alle Redner betonten nachdrücklich, daß nur die Befreiung von den Fesseln der Zwangswirtschaft und die Wiederaufnahme der Arbeit unter Selbstverantwortlichkeit aller Beteiligten den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens ermöglichen könne. Es gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der u. a. gesagt wird: Pflicht des Gesetzgebers und der Regierung ist es, Sicherheit und Ordnung wieder herzustellen und so schnell als möglich den Zwang der Kriegswirtschaft zu beseitigen. Die Sozialisierung möge man für einzelne Gewerbezweige zugelassen, grundsätzlich ist sie zu bekämpfen, weil sie die höchste Anspannung der wirtschaftlichen Kräfte verhindert. Durch Steuern dürfte nicht der Volkswirtschaft die Mittel entzogen werden, die zur Erhaltung und Entwicklung notwendig sind. Die Arbeiter und Angestellten mögen sich dessen bewußt sein, daß ihr Wohl mit demjenigen der gesamten Volkswirtschaft verknüpft ist. Flamender Einspruch ist gegen die Auslieferung der Handelsflotte zu erheben. In einem Frieden auf Grund der Wilsonschen Punkte haben sich unsere Gegner durch Vertrag verpflichtet, darnach ist uns freie Beteiligung am Weltverkehr zu gewähren und sicherzustellen. Länderraub an unseren Grenzen und die geplante Wegnahme unserer Kolonien widerspricht diesen Punkten und wäre ein empörender Rechtsbruch. Wir können nur einen Frieden unterzeichnen, der uns die Wiederaufrichtung der Wirtschaft gestattet und uns nicht zu Sklaven macht.

#### Die Hintermänner des Streiks.

Berlin, 14. März. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge berichten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“: Von den 40 000 Mark die während des Generalstreiks im Auftrage des Leipziger A- und S-Räte vom Oberbürgermeister in Leipzig erpreßt wurden, hat ein mit der Auszahlung von Geldern an die Eisenbahnarbeiter Beauftragter 100 000 Mark unterschlagen. Bei der Festnahme des Täters, der ein vielfach vorbestrafter Mensch ist, wurden nur noch 42 000 Mark bei ihm gefunden.

#### Auch eine „Gefahr“ für die Errungenschaften der Revolution.

Berlin, 13. März. In Stettin zog eine Menge, nachdem sie gestern im Schloßhof demonstriert hatte, nach dem Bollwerk, wo der Kreuzer „Straßburg“ lag. Eine Rote meist halbwüchsiger Burschen befand sich bald auf dem Kreuzer und brachte unter Gejohle drei Maschinengewehre, Munition und andere Gewehre von Bord. Die Matrosen ließen es geschehen. Bis in die späten Nachmittagsstunden umlagerte eine große Menge den Kreuzer und gegen Abend wurde von den Führern der Bewegung verkündet, daß man durchgefegt habe, daß der Kreuzer „Straßburg“, in dem man eine Gefahr für die Errungenschaften der Revolution sehe, den Hafen alsbald verlassen müsse. Das Schiff machte sich in den Abendstunden, wie verschiedene Morgenblätter berichten, zur Ausfahrt aus dem Hafen bereit. — Wie lange läßt sich das deutsche Volk noch von unreifen Elementen terrorisieren? Nach Friedensschluß wäre das deutsche Volk froh, wenn es nur recht viele solche „Gefahren“ hätte.

#### Lebensmittel für Mannheim.

Mannheim, 13. März. (Dr.) Noch in dieser Woche wird ein Lebensmitteltransport von Rotterdam in Mannheim erwartet. Am letzten Samstag ging eine Lebensmittelendung der Allierten von Rotterdam nach Duisburg ab. — Marschall Foch läßt gegenwärtig die Mannheimer Betriebe kontrollieren, die früher Kriegsmaterial erzeugt, aber diese Tätigkeit schon seit langem eingestellt haben.

#### Die Gesamtstärke der englischen Besatzungstruppen.

London, 13. März. (Unterhaus. - Reuter.) Von Regierungsseite wurden mitgeteilt, daß sich die Gesamtstärke der britischen Okkupationstruppen auf allen Kriegs-

### Ämtliche Bekanntmachungen.

#### Oberamt Calw.

#### Betreff: Belegung von Straßenwärterstellen bei der Amtskörperschaft.

Bei der Amtskörperschaft sind demnächst nachfolgende Straßenwärterstellen zu besetzen für die Strecke:

1. von Unterreichenbach bis Markungsgrenze Grunbach, Biefelsberg, Kapfenhardt und bis Staatsstraße; mit Sitz in Unterreichenbach.
2. von Altburg in Richtung Würzbach nach Röttenbach; mit Sitz in Altburg oder Röttenbach.
3. von Oberreichenbach in Richtung Würzbach bis zur Abzweigung der Straße nach Igelsloch; mit Sitz in Oberreichenbach.
4. von Neuweiler bis Hoffstett und bis Markungsgrenze Gaugenwald; mit Sitz in Neuweiler.
5. von Martinsmoos über Zwerenberg bis Markungsgrenze Nidhalben; mit Sitz in Zwerenberg evtl. auch Martinsmoos.
6. von Hornberg bis Markungsgrenze Berned; mit Sitz in Hornberg.

Die Wärter haben an 5 Tagen in der Woche auf ihrer Strecke Dienst zu leisten. Der Freitag ist bei sämtlichen Stellen als freier Tag vorgesehen. Als Gehalt ist in Aussicht zu nehmen ein Grundgehalt von 900 M., welcher alle drei Jahre um 50 M. bis 1200 M. ansteigt. Außerdem erhält der Wärter einen Dienstmantel, Hutgeld sowie jährlich 24 M. Gehaltsgeld. Durch die Anstellung erlangt der Straßenwärter die Rechte eines Beamten und wird pensionsberechtigt.

Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Beschreibung des Lebenslaufs und der bisherigen Beschäftigung wollen durch Vermittlung des Ortsvorstehers an Herrn Oberamtsbaumeister Riberer in Calw bis 20. März 1919 gerichtet werden.

Dabei sind anzuschließen:

1. ein ärztliches Zeugnis aus neuester Zeit über die körperliche Tauglichkeit für den Dienst.
2. etwaige Militärpapiere.

Persönliche Vorstellung bei dem Herrn Oberamtsbaumeister ist erwünscht.  
Calw, den 5. März 1919. Oberamtmann Gös.

#### Bekanntmachung über Verteilung der Zinsen der Eugen-Wera-Stiftung.

Auf 8. Mai d. J. kommt der Jahreszins der in der Verwaltung der Zentralleitung für Wohltätigkeit stehenden Eugen-Wera-Stiftung im Betrag von 1562,50 Mark zur Verteilung. Die Stiftung ist dazu bestimmt, würdigen und bedürftigen jungen Leuten die Erlernung eines entsprechenden Lebensberufs zu erleichtern. Zu diesem Zwecke werden Beiträge zur Unterbringung armer, aus der Schule entlassener Knaben und Mädchen in Lehrstellen und Fortbildungsanstalten, sowie zur Ausbildung von Lehrerinnen und Kleinkinderpflegerinnen gewährt.

Gesuche um Berücksichtigung bei dieser Verteilung sind spätestens bis zum 1. April d. J. bei der Zentralleitung für Wohltätigkeit einzureichen. Dieselben sollen genaue Angaben über den zu erlernenden Beruf und den dazu erforderlichen Gesamtaufwand, sowie darüber enthalten, ob im Falle der Gewährung eines Beitrags aus der Eugen-Wera-Stiftung die Ausbringung des weiteren Bedarfs gesichert ist. Außerdem ist die Würdigkeit und Bedürftigkeit der Bewerber durch das betreffende Pfarramt und Schulkomitee zu bescheinigen oder durch andere Zeugnisse glaubwürdig nachzuweisen. Wurde ein Lehrvertrag abgeschlossen, so ist dieser zur Einsichtnahme vorzulegen.  
Calw, den 7. März 1919. Oberamtmann Gös.

Schaulagen auf 902 000 Mann, einschließlich Offiziere, beläuft. Die Stärke der britischen Armee in Frankreich, Belgien und Deutschland einschließlich der Domimonstruppen betrug am 1. 3. 1,324,106 Mann. Außerdem ist noch für die Verpflegung von 197 000 deutschen Kriegsgefangenen zu sorgen.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 14. März 1919.

#### Vom Rathaus.

In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Gemeinderats gab der Vorsitzende, Stadtschultheiß Göhner, die neuen Fuhrakorde bekannt, die die Stadtverwaltung mit den hiesigen Fuhrunternehmern abgeschlossen hat. Die Beifahrer von Kohlen und Gasreinigungsmasse (samt Aufzügen) vom Bahnhof zum Gaswerk verblieb dem Güterbeförderer Friedrich Bauer, für 40 M. pro 200 Ztr. (gleich 20 Z für 1 Ztr.). Bisher hatte er 25 M. erhalten. Ebenso wurde die Beifahrer der leeren Leer- und Ammoniakwasserfässer vom Bahnhof zum Gaswerk und die Zufuhr der gefüllten Fässer vom Gaswerk zum Bahnhof samt Auf- und Abladen und Verladen ohne Beihilfe von Gaswerkarbeitern dem Güterbeförderer Bauer für 70 M. für 200 Ztr. (35 Z für 1 Ztr.) übergeben. Bisher hatte er 30 M. erhalten. Die Stadtpflege legt dem Gemeinderat die Abschl. zur Genehmigung vor mit dem Bemerkten, der Akkordpreis sei zwar außerordentlich hoch, aber bei der zutage getretenen Einigkeit unter den in Betracht kommenden Fuhrunternehmern sei ein günstigeres Gebot nicht zu erzielen. Der Vorsitzende erklärte, man könnte sich angesichts der hohen Preise mit dem Gedanken tragen, einen Kraftwagen für diese Zwecke anzuschaffen, der auch anderweitig benötigt werden könnte. Das gesamte künftige Fuhrwesen für ein

Jahr würde um einen Stundenlohn von 4 M. (bisher 3 M.) für einen Zweispänner an Wilhelm Moros übertragen. Die Koksabfuhr wurde dem Fuhrmann Georg Schechinger für 20 Z (bisher 25) für den Jeniner übertragen.

In der nachfolgenden Sitzung beider Kollegien wurde die Neuregelung der Löhne der städtischen Arbeiter und Hofstandsarbeiter ohne größere Erörterung nach den Vorschlägen der in der letzten Sitzung gewählten Kommission (unter Mitwirkung eines Vertreters des Arbeiterrats) angenommen. Die Kommission hatte die Annahme des letzten Antrags des Vorsitzenden vorgeschlagen, weil der Vorschlag des Demobilisierungsausschusses, der Rücksicht auf die Familienverhältnisse nahm, von den Arbeitern nicht gutgeheißen worden war, und weil eine solche Regelung auch mehr oder weniger den Charakter einer Unterstützung der Verheirateten tragen würde. Es werden also jetzt folgende Löhne gezahlt: 1. Schwerarbeiter (Arbeiter im Städt. Gas- und im Städt. Elektrizitätswerk, Hofstandsarbeiter bei Weg- und andern Bauarbeiten), die über 21 Jahre alt sind: 1 M. für die Stunde; im Alter von 18 bis 21 Jahren 80 Z, unter 18 Jahren 60 Z. Für Monteure usw., die noch in der Ausbildung begriffen sind, sowie falls die Arbeitsleistung nicht genügt, werden entsprechend geringere Sätze gezahlt. 2. Sonstige vollleistungsfähige Arbeiter (Stadttagelöhner) erhalten, wenn sie über 21 Jahre alt sind, 90 Z, im Alter von 18 bis 21 Jahren 70 Z, unter 18 Jahren 55 Z, Arbeiterinnen je nach Leistung 40 bis 60 Z. 3. In der Arbeitsfähigkeit beschränkte Arbeiter (meist Rentner) erhalten bei einem Alter über 21 Jahren 80 Z, unter 21 Jahren 50 Z, Arbeiterinnen je nach Leistung 40 bis 50 Z. 4. Bei Arbeiten, welche besondere Fertigkeit erfordern, kann zu den Sätzen zu 1 von der Stadtpflege im Benehmen mit dem Stadtbaumeister ein Zuschlag von 10 Z für die Arbeitszeit durch die Ungunst der Witterung wird den Hofstandsarbeitern voll entschädigt, soweit die Einstellung der Arbeit auf Anordnung oder unter Zustimmung des Fortwarts erfolgt. Die Arbeiter sind jedoch zur Nachholung der verloren gegangenen Arbeitszeit verpflichtet, soweit diese im Rahmen der Billigkeit verlangt werden kann. Die Lohnregelung tritt rückwirkend vom 15. Februar ab in Kraft. Die Zeit, die die Arbeiter für den Weg zur Arbeitsstätte brauchen, wird angerechnet, sofern die Arbeitsstätte mehr als 1 Kilometer vom Rathaus entfernt liegt. — Das Reichsamt für Demobilisierung teilt mit, daß für Hofstandsarbeiten nur solche Personen verwendet werden dürfen, die von einem nicht gewerbmäßigen Arbeitsnachweis zugewiesen werden. Auch dürfen nur solche Arbeiter angenommen werden, für die eine andere private Arbeit am Orte nicht vorhanden ist. Die Bewilligung des Ueberteuerungszuschusses wird von der Einhaltung dieser Bedingungen abhängig gemacht. — Wie der Vorsitzende mitteilt, ist jetzt seitens der Stadtverwaltung an die Abteilung für Wohnungsfürsorge des Demobilisierungsamts das Ersuchen gerichtet worden, Calw zu den Gemeinden zu rechnen, in denen Wohnungsnot herrscht, und die deshalb die Ermächtigung zu zwangsweisem Vorgehen bei der Regelung der Wohnungsfrage erhalten. Es sei auch von Calwer Bürgern eine Beschwerde an das Ministerium gerichtet worden, daß hier noch gar nichts zur Beseitigung der Wohnungsnot getan worden sei. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die Stadtverwaltung, da hier kein Mieteneinigungsamt gewesen sei, bisher kein Recht gehabt habe, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Auf ein vor einiger Zeit ergangenes Ausschreiben, daß sich Wohnungssuchende beim Stadtschultheißenamt in einer Liste eintragen sollen, hätten sich 34 Familien angemeldet. Davon seien aber verschiedene doppelt eingetragen und auch solche von auswärtigen, die keinen Anspruch auf Wohnung hier haben. — G. Staudenmeyer schlug vor, man solle doch Schritte zur Gründung eines Siedlungsvereins oder einer gemeinnützigen Baugenossenschaft unternehmen. Der Kapellenberg, der für diesen Zweck vorgesehen gewesen sei, würde sich aber seiner Ansicht zur Anlage einer größeren Anzahl von Arbeiterhäusern nicht eignen, weil die Bauten dort wegen der hohen Fundierungskosten und der Grundstückspreise zu teuer würden. Dagegen wäre auf der Höhe des Calwer Hofes ein günstiges Baugelände. Wasser sei dorten; Gas und Elektrizität wären leicht heraufzubringen. Der 40 Morgen große Hof sei um 2000 M. verpachtet; der landwirtschaftliche Nutzen sei gering. Aus dem Gelände könne mehr herausgeschlagen werden, wenn mehrere Leute neben ihren Häusern Grundstücke bis zu einem halben Morgen erhielten und dort ihre notwendigen Lebensmittel anbauen, sowie Kleintierzucht treiben könnten. Es würde sich zweifellos sofort eine Anzahl von Leuten aus den Waldorten zum Ankauf von solchen Häusern mit Grundstücken finden, die nach Calw in die Fabrik gehen. Auf diese Weise könnte man die Leute seßhaft machen, und Generationen hindurch für die hiesige Industrie Arbeitskräfte schaffen. Für die Zukunft unserer Stadt wäre ein solches Unternehmen von großem Wert. — Der Vorsitzende gab zu bedenken

**Zeit, daß eine solche Mitbestimmung in letzter Zeit enormen Kosten verursachen würde. Es würde sich aber darum handeln, eine solche Baugenossenschaft zu gründen, um später bauen zu können, und um Darlehen von der Versicherungsanstalt zu billigem Zinsfuß zu erhalten. Die Anstalt werde jetzt schon sehr stark für diese Zwecke in Anspruch genommen. Das Bedürfnis an Arbeiterwohnungen sei augenblicklich auch nicht so stark wie das an Beamtenwohnungen. Allerdings treffe man viele Arbeiterwohnungen, die man aus wohnungspolizeilichen Gründen schließen sollte. Ueberhaupt seien die gesundheitlichen Verhältnisse hier sehr schlecht, und das sei zu einem großen Teil den schlechten Wohnungsverhältnissen mitzuschreiben. G.R. Bäu- che erklärte, das Wichtigste sei augenblicklich, daß man für die Beamten Wohnungsgelegenheit schaffe. Die Gründung einer Baugenossenschaft sei nur möglich, wenn die hiesigen Fabrikanten auch mittun, denen der Bau von Arbeiterhäusern hauptsächlich zugute komme. Den Calwer Hof halte er für diesen Zweck nicht geeignet, viel eher den Kapellenberg, der für die Entwicklung der Stadt wichtiger sei. Die Straße ginge ja schon bis zum Krankenhaus. Der Kapellenberg würde sich als neues Viertel besser eignen. Wenn man den Arbeitern zu den Häusern noch Feldgrundstück bis zu 10 Ar gebe, so könne man gut 100 Häuser dorthin bauen. — Dagegen äußerte sich G.R. Staudenmeyer dahin, daß der Kapellenberg doch eher als Baugelände für Beamte und Private eigne, auch könne man dort keine Kleintierzucht treiben und Felder anbauen. Auch dieser Redner machte darauf aufmerksam, wie traurig hier die Wohnungsverhältnisse in den alten Häusern seien, daß man sich wundern müsse, wie bescheiden die Leute jahrelang darin gewohnt hätten. Der Vorsitzende pflichtete letzterem Redner bezüglich der Kostspieligkeit der Fundierungsarbeiten am Kapellenberg bel. Zwecks näherer Behandlung der gesamten Wohnungsfrage wurden schließlich zwei Kommissionen gewählt, die eine, die aus den Herren Kirchherr und Marquardt vom Gemeinderat und Eberhardt und Essig vom Bürgerausschuß, sowie einem Vertreter des Arbeiterrats besteht, soll in der Frage der gegenwärtigen Wohnungsnot Untersuchungen anstellen, in die andere, die sich mit der Frage der Gründung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft beschäftigen soll, wurden vom Gemeinderat die Herren Bäu- che und Staudenmeyer, vom Bürgerausschuß Perrot und Zügel, als Vertreter der Industrie Fabrikant Sannwald gewählt. Auch hier soll ein Vertreter des Arbeiterrats zugezogen werden. — Zu dem Vorschlag der Zentralleitung für Wohltätigkeit, die drei Krankenbaracken im Reservelazarett Hirsau zu erwerben, die 27,6 Meter lang und 7 Meter breit sind, soll Stellung genommen werden. — Die von der Maschinenfabrik Roh- Stuttgart angebotene Patrinenpumpe (Benzolluft-**

pumpe) mit 3 1/2 Pferdekraften soll zum Preis von 6775 M erworben werden, wenn sie sich für das hiesige Gelände eignet. — Vom 1. April ab wird Dr. Mezger wieder die Stelle des städt. Armenarztes übernehmen, nachdem Medizinalrat Dr. Müller dieselbe über den Krieg provisorisch übernommen hatte.

#### Schweinemarkt in Calw.

Auf dem Schweinemarkt am Mittwoch betrug die Zufuhr: 31 Läufer, 218 Milchschweine. Trotz der hohen Preise wurden fast alle verkauft. Es wurden bezahlt: für 1 Paar Läufer 380—760 Mk., für 1 Paar Milchschweine 290—320 Mk. Es waren sehr viele Käufer am Platze.

#### Renten-Zuschläge.

Nach einer Verordnung der Reichsregierung vom 31. Dezember 1918 werden, wie bekannt, mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab allen auf Grund von Erwerbsunfähigkeit versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterklassen erhebliche Rentenzuschläge gewährt. Die Bewilligung und Auszahlung dieser Zuschläge wird sich zwar aus technischen Gründen in vielen Fällen noch einige Zeit verzögern, erfolgt aber in jedem Falle von Allen wegen, also ohne daß es dazu besonderer Anträge bedarf. Auch die bisher schon (seit 1. Juli 1918) zuständigen Rentenzuschläge sollten von Amtswegen bewilligt und ausbezahlt werden. Dies hat aber in einzelnen Ausnahmefällen leider nicht geschehen können, weil die Empfangsberechtigung von gewissen Voraussetzungen abhing, deren Vorliegen den militärischen Dienststellen nicht immer ohne weiteres bekannt war. Allen denjenigen, die noch Anspruch auf diese ersten Rentenzuschläge zu haben glauben, wird empfohlen, sich alsbald unter Vorlage ihrer Militärpapiere mit einem entsprechenden Antrag an das für sie zuständige Bezirkskommando (Bezirksfeldwebel) zu wenden.

#### Kriegswaisen in Solbädern und Ferienkolonien.

In der Absicht, die Fürsorge aus Kriegspendemittelem auch im Jahre 1919 auf Kriegswaisen auszu- dehnen, deren Aufnahme in ein Solbad, eine Ferienkolonie usw. ärztlichseits für angebracht gehalten wird, hat das Kriegsministerium an die größeren Städte des Landes aufgefordert, entsprechende namentliche Vorschläge zu machen. Es wird derselbe Gesamtbetrag wie im Vorjahre (rund 40000 Mark) verwendet.

#### Der Finanzausschuß gegen die Wiedereinführung der Sommerszeit.

Der Finanzausschuß hat in einer gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung zunächst verschiedene Berichterstatter aufgestellt. Dann besaßte sich der Ausschuß mit dem Antrag des Zentrums, der die Regierung um entscheidene Stellungnahme gegen Wiedereinführung der Sommerszeit ersucht. In der Erörterung wurden die Vor- und Nachteile der Sommerszeit, insbesondere aber die Nachteile derselben auf die Kinder und auf die Land-

wirtschaft von verschiedenen Seiten eingehend besprochen. Der Regierungsvertreter bemerkte, daß die Regierung nicht in der Lage sei, einigermaßen sichere Angaben über die mit der Sommerszeit zu machenden wirklichen Ersparnisse zu geben. Sie werde gegen die Wiedereinführung Stellung nehmen. Der Antrag wurde schließlich mit 13 Stimmen gegen 5 Enthaltungen (3 D.D.P., 2 Soz.) angenommen.

Saulgau, 12. März. In einem Anfall von Schwermut hat die 55 Jahre alte Witwe Knoll ihre beiden Kinder, einen 11 jährigen Sohn und ihre 19 Jahre alte Tochter, sowie sich selbst durch Öffnen des Gas- hahmens zu töten versucht. Sie legte den beiden schlafenden Kindern das Sterbekreuz in die Hände und außerdem 200 M zur Bestreitung der Beerdigungskosten bereit. Als der Gasgeruch sich unangenehm bemerkbar machte, verließ die Frau das Schlafzimmer, das sie verschloß und begab sich in das nebenanstößende Zimmer. Morgens bemerkte ein Mitbewohner den Gasgeruch im Hause. Er erstattete sofort bei der Schutzmannschaft Anzeige. Die Frau stand beim Eintreffen des Gasmeisters am Herde, als ob sich nichts ereignet hätte. Der Arzt traf die Kinder völlig bewußtlos an. Sie wurden in das Krankenhaus verbracht. Ihr Zustand ist sehr bedenklich, man zweifelt an ihrem Aufkommen. Frau Knoll leidet laut „Oberländer“ schon seit längerer Zeit an Schwermut. Ein Sohn der Frau Knoll, von dem in letzter Zeit unangünstige Nachrichten eingelaufen sind, befindet sich in Kriegsgefangenschaft.

#### Evangelische Gottesdienste.

Sonntag Reminiscere, 16. März. Vom Turm: 8:30, Predigt: 9:15, Ich will dich lieben meine Stärke etc. 9 1/2 u. 10 1/2 Uhr: Vormittagspredigt, Dekan Keller. 1 Uhr: Christenlehre mit den Söhnen der jüngeren Abteilung. 5 Uhr: Abendpredigt, Stadtpfarrer Schmidt. Sämtliche Gottesdienste finden im Vereinshaus statt. Donnerstag, 20. März. 8 Uhr abends: Bestunde im Vereinshaus, Dekan Keller.

#### Katholische Gottesdienste.

Sonntag, den 16. März. (2. Fastensonntag) 8 Uhr: Frühmesse. 9 1/2 Uhr: Predigt und Amt. 3 Uhr: Kreuzwegandacht.

#### Gottesdienste in der Methodistenkapelle.

Sonntag morgens 8 1/2 und abends 5 Uhr Predigt, W. Fiel — Sonntag morgens 11 Uhr Sonntagsschule. — Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Bibelstunde.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Dellschlager'schen Buchdruckerei, Calw.

#### Reklameteil.

Wildberg, den 11. März 1919. Friedrich Wörner Sägewerksbesitzer, hier, verkaufte sein hier gelegenes Gasthaus zum Hirsch nebst Wirtschaftsinventar, an Hermann Böcker, Bierbrauer von Wittenweiler D. A. Freudenstadt, um den Preis von M. 37500. Der Abschluß erfolgte durch das Immobilien- und Hypothekengeschäft Albert Preßburger in Horb a. N.

Calw.  
Die auf Lebensmittelmarke Nr. 111 bestellten  
**Leigwaren**  
können gekauft werden. Auf 1 Anteil entfallen 375 Gramm.  
In den Geschäften Heimgärtner, Lamparter, Gg. Pfeiffer, Pfannkuch, Spar- und Consum-Verein können  
**Salzheringe**  
das Stück um 40 und 55 Pfg. gekauft werden.  
In den Geschäften Hammer, Häußler, Hayb, Lamparter, Marquardt, Pfannkuch, Köhm, Serva, Sachs, Vincon können  
**Orangen**  
das Stück je nach Größe, zu 45, 65, 80 g. M. 1.— und M. 1.20 gekauft werden.  
Calw, den 14. März 1919.  
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

---

Stadtschultheißenamt Calw.  
Am Montag, den 17. ds. vormittags von 8—12 Uhr können auf dem Stadtschultheißenamt neue  
**Mahl- und Delschlagscheine**  
beantragt werden. Die Urkunde über die Getreideaufnahme, die roten Ausweiskarten und die alten Mahlscheine sind vorzulegen.  
Calw, den 14. März 1919.  
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

---

Stadtgemeinde Calw.  
Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß bei den städtischen  
**Notstandsarbeiten**  
Arbeiter keine Aufnahme finden, die ihre seitherige Arbeitsstelle freiwillig verlassen oder die ihnen zugewiesene anderweitige Arbeit nicht angenommen haben.  
Calw, den 13. März 1919.  
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

**Versäumen Sie nicht**  
auf 1. April das Calwer Tagblatt zu bstellen. Rasche Berichterstattung, volkstümliche Leitartikel, pünktliches Erscheinen sind die wesentlichsten Forderungen, die an eine Tageszeitung gestellt werden. All diesem wird das Calwer Tagblatt -- in weitestem Maße gerecht. --

---

**Ofenröhren, Ofenrohrbogen**  
empfiehlt  
**Emil Retter, Wellerstadt.**

---

**Altes Silber**  
kauft zu den höchsten Preisen  
Otto Kaltenbach  
Altensteig.

---

Ein noch sehr gut erhaltenes  
**Tafel-Klavier**  
hat zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.  
**Kinderwagen**  
guterhaltenen, zu verkaufen.  
Neuhengstett, Haus Nr. 16.

Vom Krankenhaus bis Marktplatz  
**16 Mark**  
(3 Fünftmark- und 1 Einmarkschein)  
verloren gegangen.  
Abzugeben gegen Belohnung in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

---

**Schnauzer**  
oder  
**Pintfcher**  
zu kaufen gesucht.  
R. Kappler, Römerhaus,  
Hirsau.

---

**Ottenbronn.**  
Eine 1/2 Jahr alte, hornlose, weiße  
**Ziege**  
und eine  
**Brückenwage**  
4—6 Ztr. Tragkraft (ohne Gewicht)  
verkauft wegen Platzmangel.  
**Michael Grohmann.**

---

**Rötenbach.**  
Ein dreijähriges  
**Kaffe- Pferd**  
178 cm hoch, sowie einen 1/2 jähr.  
**Schäferhund**  
hat zu verkaufen.  
Hirschwirt Reuttschler.

Statt jeder besonderen Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag, den 16. März stattfindenden

## Hochzeits-Feier

im Gasthaus zum „Bären“ in Ernstmühl freundlichst einzuladen.

**August Kolt**

Sohn des Karl Kolt, Ernstmühl.

**Berta Humbacher**

Tochter des Friedrich Humbacher, Urtenen St. Bern.

Kirchgang 1 Uhr in Ernstmühl.

**Aggenbach.**

## Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Wiederaufbau der abgebrannten Wohn- und Oekonomiegebäude des Adam Volz und Mich. Keppler, Bauern in Aggenbach sind die erforderlichen

**Grab-, Maurer-, Zimmer- und Flaschnerarbeiten** im Submissionsweg zu vergeben.

Pläne und die üblichen Unterlagen sind bei den Bauherren zur Einsicht aufgelegt und wollen lusttragende Bewerber ihre Angebote getrennt und entsprechend den im Arbeitsbeschrieb aufgestellten Positionen bis Montag, den 17. März, mittags 1 Uhr, ebendasselbst einreichen. Die Zuschläge werden sofort erteilt.

Calw, den 15. März 1919.

**J. A. Kohler, Architekt.**

**Nötenbach.**

Einige Meter trockenes

**Forchen- und Schäleichenholz** verkauft

**Jakob Kugele.**

Sämtliche

**Haararbeiten**

fertigt rasch und billig

**J. Odermatt, Friseurmeister Calw.**



**Schwarzwald-Verein.**

Sonntag, den 16. März

**Wanderung**

Fuchsloch—Althengstett („Traube“).

Abmarsch 1/2 Uhr vom Brühl.

Zu reger Beteiligung von Damen und Herrn wird eingeladen.

Der Führer: Paul Georgii.

Sommerliche, freundliche

**Wohnung**

bestehend aus einem Zimmer, Küche und Holzplatz ist auf 1. Juli zu vermieten. Näheres in d. Geschäftsstelle des Blattes.

**Hübsche 2—3 Zimmer-Wohnung**

mit Küche (evtl. mit Hausbereinigung) von ruhigen Mietern in Calw oder Hirfau gesucht.

Angebote unter R. 700 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Kinderloses Ehepaar sucht auf 1. Juli oder später sommerliche

**3-Zimmerwohnung**

Wer jagt die Geschäftsst. ds. Bl.

Große

**Briefmarkensammlung**

Marken auf Briefe und einzelne seltene Marken sucht Sammler zu kaufen. Angebote mit Preis erbeten. F. Biskke, Stuttgart, Lehen-Str. 27.

**Lichtspieltheater Calw - „Bad. Hof“**  
Vorstellungen Samstag und Sonntag  
je 8 Uhr abends.

## Die entschleierte Maja.

Ein Mysterium mit Motiven der indischen brahmanischen Mythologie.

4 Akte. Hauptrolle: Hanna Ralf (Leffingtheater Berlin).

**Gustl's Seitensprung.**

Lustspiel in 3 Akten.

Die Sonntagsnachmittags-Vorstellung fällt für diesmal aus. Dafür findet

**Samstag Abend eine Vorstellung statt.**

**Oberreichenbach.**

**Herzliche Einladung**

zum

## Jahres-Fest

des

**Jugendbundes für entsch. Christentum**

am Sonntag, den 16. ds. Mts.

Beginn: Nachmittags 2 Uhr.

Festredner: Pfarrer Kühn-Liebenzell.

## Küfer-Versammlung.

Sämtliche Küfer und Küblermeister des Bezirks Calw

werden auf Sonntag, den 16. März, mittags 2 Uhr zu Kollege Schechinger

wegen wichtiger Besprechung

freundschaftlich eingeladen.

Mehrere Kollegen.

## Betten- und Möbel-Verkauf.

Unterzeichneter verkauft wegen Entbehrlichkeit am Montag, den 17. März, im Hause des Herrn Apotheker Bendhe, alte Stuttgarter Straße, von nachmittags 2 Uhr an, gegen Barzahlung:

1 Vertikow bereits neu, 1 vollständiges Bett, 2 Haipfel, und 1 Decke ganz neu, 1 Ueberwurf, 1 braune Portiere mit Zubehör, 2 paar lange Vorhänge, 1 poliertes Wandbrett, 1 Pfeiler Spiegel mit Kasten, Galerien, 2 polierte Säulen mit Figuren, 1 Gaslampe, Bilder.

Biedhaber sind eingeladen.

Stadtinventar Nr. 16.

## la. buchene Holzkohlen

stets großes Lager.

Bei Abnahme größerer Quantitäten billige Preise

**Emil Retter, Weilderstadt.**

## Kunstfärberei Stuttgart

färbt und reinigt alles schön und gut

Annahmestelle: **W. Entenmann, Leders-straße 91.**

Einen guterhalt. großen 2rädigen

**Handkarren**

setzt dem Verkauf aus.

**Dörflinger, Liebenzell.**

**Einen kräft. Jungen**

nimmt in die Lehre

**Wilh. Schauble, Bauunternehmer, Liebenzell.**

## Koks für Kesselfeuerung

Durch Kiefer's Unterwind-Ventilatoren wird die gleiche Dampfleistung erreicht wie bei Kohlenverbrennung. Für jeden Rost — auch für Schrägrost — geeignet. Verbrennung aller minderwertigen Brennstoffe wie Koks, Koksgrüß, Schlammkohle, Rohbraunkohle, Lohe usw. Offert kostenlos.

**Maschinenfabrik Gg. Kiefer**  
Feuerbach 113 (Württemberg).



**Hauen und Kärste**

empfiehlt

**Emil Retter, Weilderstadt.**

